

Zeit der Weichenstellung

Der deutsche Friedensforscher Andreas Buro unterbreitet Vorschläge für die zivile Konfliktbearbeitung auf diplomatischer wie gesellschaftlicher Ebene.

An dieser Stelle hätte ein Beitrag des in Pakrac tätigen Friedensleners Edgar Knaack, der über das Wiederaufflammen des Krieges in Westslawonien berichtet, erscheinen sollen. Die Zuspitzung der Lage in Bosnien-Herzegowina durch NATO-Bombardements auf serbische Stellungen und die darauf folgenden „Vergeltungsangriffe“ serbischer Einheiten (68 Tote in Tuzla) sowie die Gekselnahmen - an die 300 UN-Soldaten wurden als lebende Schutzschilde gegen weitere Luftangriffe festgenommen - legten es aber nahe, die Problematik militärischer Eskalationen erneut zu thematisieren. Wir tun dies mit Auschnitten eines Beitrages des deutschen Friedensforschers Andreas Buro über zivile Konfliktbearbeitung. Der Artikel von Edgar Knaack ist im ÖFD-Rundbrief 2/95 nachzulesen. Der nebenstehende offene Brief des ÖFD an Außenminister Schüssel ist ein Versuch, die Aufmerksamkeit des offiziellen Österreich auch auf die Region Westslawonien zu lenken. H.H.

In seinem Aufsatz „Weichenstellung zu ziviler Konfliktbearbeitung in Europa“ (in: Frieden als Zivilisierungsprojekt, s. Besprechung S. 11 in diesem KRANICH) legt Andreas Buro, Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, ein Konzept gewaltfreier Friedensvermittlung dar, das Wege der herkömmlichen Diplomatie etwa durch die UNO mit Vermittlungsdiensten auf gesellschaftlicher Ebene - durch regionale und kommunale Repräsentanten, Wissenschafts-, Berufs- und Gewerkschaftsverbände, kirchliche Gruppierungen sowie Nichtregierungsorganisationen - verbindet. Selektive Embargos zur Schwächung der Kriegsmaschinerie in Verbindung mit Positiv-Anreizen für alle Beteiligten, Vermittlungsarbeit, die auf Zukunftsperspektiven abzielt, Öffentlichkeitsinterventionen und Hilfen für die Kriegsopposition sind einige der Bestandteile von Buros Konzept. Eine bedeutende Rolle spielen *zivile Friedensdienste*. Die Verbindung mit militärischen Instrumenten - auch als „ultima ratio“ - lehnt Buro mit dem Hinweis auf die Eskalationsgefahren jedoch strikt ab: „Es dürfen keine

Situationen geschaffen werden, in denen Ausweglosigkeit den Durchhaltewillen der Rechtsbrecher stärkt und Veränderungen nicht mehr möglich erscheinen. ...Das heißt, nicht das Ziel rechtfertigt die Mittel, sondern die Mittel müssen den Zielen entsprechen und es gleichsam verkörpern.“

Im folgenden geben wir den letzten Abschnitt von Buros Aufsatz, der auch Bezüge zu Konflikten in unseren Gesellschaften herstellt, wieder:

„Erst wenn die Alternativen zum Militär sichtbar sind, erst wenn die Menschen begreifen können, wie heute Konflikte ohne zu zerstören, ohne tiefe Gräben aufzureißen und mit der Aussicht, die Ursachen des Konfliktes zu überwinden, ausgetragen werden können, besteht die Chance, den militärischen Zug zu stoppen. Die große Diskussion in der Friedensbewegung für und gegen Militärintervention in Bosnien war von der gemeinsamen Verzweiflung über das Schicksal der Menschen dort und von der Sorge, ihnen zu helfen, getragen.“

Die NATO nimmt sich als Geisel

„Die NATO hat ein weiteres Mal ihr Patentrezept angepriesen und seine Durchsetzung schließlich erreicht. Nachdem die bosnischen Serben zurückgeschlagen hatten, heuchelte man Entsetzen über ihre Grausamkeit. Geheuchelt ist das Entsetzen deshalb, weil es von denen kommt, die den Serben von Anfang an alles zuge-
traut haben. ... Das ist keine Lossprechung, im Gegenteil. Karadzic und etliche seiner Leute sind Verbrecher. Kriminell sind ihre Ziele, die Vertreibung und Enteignung Hunderttausender Unschuldiger, und ihre Methoden, der gezielte Anschlag auf die wehrlose Zivilbevölkerung der Städte und die organisierte Geiselstrategie ...“ Doch

bleibt die Frage nach der adäquaten Antwort: „Der Verdacht macht sich breit, daß weder die Idee von der Enthauptung noch eine Vorstellung über mögliche Geiselbefreiung beim Beschluß der NATO-Luftschläge Pate gestanden haben und daß es, mit Kinkels Worten, eher die 'Selbstachtung der Staatengemeinschaft' war, die sie notwendig machte. Es waren also keine strategischen, sondern symbolische Bomben - nur daß die 68 Kinder und Jugendlichen in Tuzla, denen Karadzic anschließend eine Granate schickte, nicht symbolisch, sondern wirklich tot sind.“ (Norbert Mappes-Niediek, in: Freitag, 2. Juni 1995)

Diese Gemeinsamkeit besteht auch im Hinblick auf die geforderte Weichenstellung. Es ist höchste Zeit, sich dessen bewußt zu werden und die Kräfte hierauf zu konzentrieren. Das Konzept der zivilen Konfliktbearbeitung stellt ein politisches Kontrastprogramm gegenüber nationalistischer Barbarei und neomilitär-interventionistischer Ausrichtung dar. Ich vermute, der Kampf um eine solche Weichenstellung hat nicht nur außenpolitische Bedeutung. Ist es richtig, daß Frustration und Aggressivität in der Gesellschaft nicht zuletzt von der politischen Perspektivlosigkeit und von fehlenden Möglichkeiten für sinnvoll empfundenes Engagement abhängen, kann der Weg der zivilen Konfliktbearbeitung vielen Menschen Ermutigung bieten, sich persönlich einzubringen. Eine Politik der

„Das Ziel ziviler Konfliktbearbeitung ist nicht Sieg und Niederlage der anderen Seite. Es läßt sich vielmehr beschreiben als Verführung zu Gewaltfreiheit, zu mehr Gerechtigkeit, zu Versöhnungs- und Kooperationsbereitschaft, durch die Feindbilder und erstarrte Denkfiguren überwunden werden können.“

Versöhnung, Kooperation und gemeinsamen Problembearbeitung entzieht Projektionen auf rassistische und andere Feindbilder sowie nationalistischen Resentiments den Boden. Politikverdrossenheit wird es hierbei nicht geben, da die Probleme, die zu bearbeiten sind, begreifbar werden. Ein zentrales Defizit in der gegenwärtigen Politik stellt das Fehlen von überzeugender Orientierung dar. Durch die Weichenstellung zu ziviler Konfliktbearbeitung mit ihren vielen Implikationen für gesellschaftliche Handlungsformen und Bewußtsein würde eine sinnstiftende Perspektive für politisches Engagement auf vielen Ebenen eröffnet, welche nicht nur die internationale, sondern auch die innenpolitische Landschaft unserer Gesellschaften verändern könnte. Dazu kann die Einrichtung eines zivilen Friedensdienstes kreative Anstöße und Einübungen beitragen. Zugleich würde er Gewalt in der Gesellschaft vermindern und Solidarität fördern. Dafür zu arbeiten, ist lohnend.“

Offener Brief an Außenminister Dr. Wolfgang Schäussel

Seit Oktober 1993 arbeiten freiwillige FriedensdienerInnen im Rahmen des "Vereins Österreichische Friedensdienste" (ÖFD) in *Pakrac im UN-Sektor West* in den Bereichen Wiederaufbau, Frauenarbeit, Bildung, Jugendprogramm und Kommunikation. Da wir unsere Projekte sowohl im kroatischen als auch im ehemals serbisch kontrollierten Gebiet durchführen, kennen wir die politische und soziale Lage genau und haben deshalb Befürchtungen aber auch Ideen bezüglich der Zukunft der Bevölkerung in dieser Region Westslawoniens. Ausgehend von den Ereignissen in den letzten Wochen erwarten wir uns vom österreichischen Außenministerium und der österreichischen Bundesregierung Unterstützung in den Friedensbemühungen in Westslawonien.

Dabei fordern wir

1. Die Unterstützung jener Initiativen und Organisationen (z.B. Internationales Rotes Kreuz, UNHCR, CARE Österreich), die die *Versorgung* der in Kroatien verbliebenen Serben, Großteils alte Menschen, Frauen und Kinder garantieren.
2. Die Einforderung der *Einhaltung der Menschenrechte* in Kroatien. Dabei sollten verstärkt bestehende internationale Organisationen wie ECM (European Community Monitors), UNCIVPOL oder UNHCR als Informationsquellen benutzt werden. Österreich hat als Befürworter einer schnellen Anerkennung des kroatischen Staates eine besondere Verantwortung insbesondere im Bereich des Minderheitenschutzes.
3. Initiativen für einen *schnellen Wiederaufbau* in Westslawonien in Zusammenarbeit mit Organisationen, die in der Begleitung des *Zusammenlebens der Ethnien* tätig sind.

Während der Offensive der kroatischen Truppen gab es mehrere hundert Verletzte und eine derzeit nicht bekannte Zahl von Toten, darunter auch Kinder in der serbischen Zivilbevölkerung. In der letzten Woche sind ca. 12.000 Menschen geflüchtet, darunter einige Tausend, die bereits zum zweitenmal in die Flucht getrieben wurden. All diese Ereignisse dienen den serbischen Extremisten, um ihren Terror fortsetzen zu können. Um der Propaganda und Volksverhetzung entgegenzuwirken, bedarf es eines schnellen (auch sozialen) Wiederaufbauprogrammes in Westslawonien. Jeder zurückgekehrte Flüchtling ist ein Schritt in Richtung einer politischen friedlichen Lösung, bei der die Zivilbevölkerung im Vordergrund steht und profitiert, denn Extremismus lebt von Feindbildern.

Ausgehend von unseren Erfahrungen und Informationen würden wir uns über eine Zusammenarbeit mit Ihnen freuen, gemeinsam an einem zukunftsweisenden, friedlichen *Beitrag Österreichs* in Westslawonien mitzuarbeiten. (Salzburg, 10. Mai)

Hochachtungsvoll
Hans Peter Graß und Robert Glettler
für den Verein Österreichische Friedensdienste